

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 14

Artikel: Wir leben uns in die Unabhängigkeit ein : der georgische
Ministerpräsident und sein Aussenminister im Zeitbild-Interview
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir leben uns in die Unabhängigkeit ein

An einem Seminar über die UdSSR in Crans-Montana nahmen unter anderem der georgische Ministerpräsident Tengis Sigua und sein Aussenminister Guiorgui Khoshtaria teil. Am 21. Juni führten sie mit unserem Mitarbeiter Matthias Messmer ein Gespräch für das Zeitbild.

Herr Ministerpräsident, Sie stehen der Regierung eines Landes vor, das seine Unabhängigkeit erklärt hat und sie in Verhandlungen mit Moskau zu verwirklichen sucht. Können Sie uns zunächst etwas zu Ihrer Person sagen?

Sigua: Ich habe mein Studium in Tbilissi absolviert und bin Ingenieur. Später wurde ich Professor, und letztes Jahr war ich Direktor an der georgischen Akademie der Wissenschaften. Auf meinen jetzigen Posten wurde ich am 25. November 1990 berufen.

Sind Sie Mitglied einer Partei?

Sigua: Nein, jedenfalls nicht Mitglied der regierenden Partei. Allerdings bin ich Präsident einer nicht parteipolitischen Vereinigung.

Waren Sie früher ein Dissident?

Sigua: So kann man es sagen. Ich arbeitete in den letzten Jahren aktiv in der sogenannten Volksbewegung mit.

Herr Ministerpräsident, Georgien hat seine Unabhängigkeit von einer zentralistisch verstandenen UdSSR erklärt. Könnte es sich die Sache nochmals überlegen, wenn sich die UdSSR zu einer Konföderation, zu einem Staatenbund, umwandeln würde? Wie bewerten Sie den jüngsten Entwurf zu einem neuen Unionsvertrag?

Sigua: Er ähnelt dem jetzigen föderativen Modell der UdSSR und ist in qualitativer Hinsicht keine Neukonstruktion. In seinen Hauptzügen zeichnet er nach wie vor ein unitarisches Gebilde gemäss dem bisherigen totalitären Staat. Das georgische Parlament wird den neuen Unionsvertrag deshalb nicht unterzeichnen.

In seinen innern Angelegenheiten geht Georgien jetzt schon eigene Wege. So plant es eine Landreform. Woraus besteht sie?

Sigua: Das Gesetz dazu ist noch in Arbeit. Es hat zum Ziel, die übernommenen sowjetischen Strukturen, die Kolchosen (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) und Sowchosen (Staatsgüter), aufzulösen und die Bauern zu Eigentümern zu machen.

Sobald das Gesetz in Kraft tritt, wird ihnen der Boden zugeteilt, und zwar als Privatbesitz unverkäuflicher Art. Er soll später an die Kinder und Enkel gehen, immer in die Hände jener, die ihn bearbeiten. (Solschenizyns Vorschlag für die Russen wird so zuerst von den Georgiern realisiert; Red.)

Kann Ihre Republik wirtschaftlich unabhängig überleben?

Sigua: Völlige Autarkie ist selbstverständlich keinem Land der Welt möglich, aber tatsächlich richten wir uns darauf ein, nicht mehr auf die diktierte Arbeitsteilung sowjetischer Art angewiesen zu sein.

Die natürlichen Voraussetzungen sind an sich gut, vor allem was das Ernährungspotential angeht. Unser Land ist klein, aber sehr fruchtbar. Ausserdem haben wir grosse Wasserreserven, ein günstiges Klima und vielerlei Rohstoffe. Von Vorteil ist schliesslich unsere Küste zum Schwarzen Meer auf 300 Kilometern Länge.

Unsere Tragödie ist es, dass wir 70 Jahre lang unter einem zentralistischen System mit seiner Totalplanung gelebt haben. Deshalb ist das technische Niveau unserer Landwirtschaft sehr tief. Aber wenn sich das kommende Landeigentumsgesetz erst auf die Landwirtschaft auswirkt, können wir unsere Bevölkerung auch selbst ernähren.

Ist Georgien ein Agrarstaat?

Sigua: Bis jetzt ja. Die landwirtschaftliche Produktion kommt bei uns an erster Stelle. Nur tut sie das ungleichgewichtig. Wir sind spezialisiert auf Tee, Wein, Tabak, Zitrusfrüchte und Olivenöl, und auch hierbei müssen wir uns technisch verbessern. Hingegen ist in der sowjetischen Zeit unsere ursprüngliche Tierhaltung zusammengeschrumpft; wir müssen Milch und Fleisch aus Russland und anderswo beziehen. Das ist die Folge der bisherigen Produktionszuteilung durch Moskau. Jetzt wollen wir diversifizieren, um zu einem Gleichgewicht zu kommen.

Aber auch dann brauchen Sie Beziehungen zu andern Staaten?

Sigua: Das steht natürlich ausser Frage. Wir werden unsere Beziehungen mit Iran, Irak, der Türkei und mit Russland ausbauen. Freilich setzen wir uns so viel an wirtschaftlicher Unabhängigkeit zum Ziel wie die politische Unabhängigkeit erfordert.

Sie wollen also die vollständige Unabhängigkeit. Wieviel Zeit brauchen Sie dazu?

Sigua: Mindestens zwei Jahre braucht es, glaube ich, um ein unabhängiges Bankensystem aufzubauen und eine eigene Währung einzuführen. Andere Probleme kommen noch hinzu.

Wenigstens haben wir heute schon die Kontrolle über unsere Bodenschätze, wie zum Beispiel Gold. Dies ist eine Grundlage für eine eigene Währung. Dann haben wir ein paar schon entwickelte industrielle Sektoren, etwa Bergbau, Metallurgie, Chemie, Maschinenindustrie und Schiffbau. Wir stellen unter anderm Lastwagen, elektrische Züge und Unterseeboote her.

Auch wissenschaftlich stehen wir in einigen Belangen recht gut da. Das betrifft Gebiete von Physik, Mathematik und Kybernetik.

Alles zusammen sollte uns befähigen, in Zukunft unabhängig zu leben.

Denken Sie bei solchen Plänen auch an die Minderheiten auf Ihrem Territorium?

Sigua: Aber ja doch, gewiss. Bei dieser Frage freilich muss man sehen, dass es auch eine künstlich geschaffene Problematik gibt, und westliche Berichterstatter sehen da nicht immer durch.

Als die Kommunisten die Macht übernahmen, führten sie territoriale Gliederungen ein, ohne sich um politische, geographische und historische Realitäten gross zu kümmern. So kam es, dass viele Grenzen künstlich gezogen wurden, in Georgien so gut wie anderswo.

Was heute in vielen Gebieten der UdSSR geschieht, ist ein Resultat sowjetischer Politik: Konflikte mit den Gagausen in Moldawien, mehrfache chaotische Zustände in ▶



Tengis Sigua (Aufnahme Matthias Messmer)

Zentralasien mit Spannungen zwischen Usbeken und Tadschiken oder zwischen Usbeken und Kirgisen, das ungelöste Karabach-Problem zwischen Armenien und Aserbaidschan und dann eben auch das Süd-ossetien-Problem in Georgien. Moskau ist dafür hauptverantwortlich, weil es ein Interesse daran hat, diese Konflikte weiterschwellen zu lassen.

Aber dazu braucht es doch ein entflammbares Material. Ist denn der Umgang der Georgier mit ihren Minderheiten aus den Ursachen herausgenommen?

Sigua: Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser sein könnte, aber sonst muss man gerade den Georgiern zubilligen, dass sie mit ihren Minderheiten in einer Weise umgehen, die man sich anderswo zum Vorbild nehmen könnte.

Heute leben in Georgien 67 verschiedene Nationalitäten (Volksgruppen), und bisher gab es deswegen keine Probleme. Als Beispiel, das ich gut kenne, nenne ich Tbilissi: Auf kleinem Raum leben hier friedlich Katholiken, Protestanten, Griechisch-Orthodoxe, Armenier, Muslime und Juden zusammen. Das ist, glaube ich, keine Selbstverständlichkeit in der heutigen Welt.

Es gibt sonst kaum eine Republik in der UdSSR, wo die Juden nicht unterdrückt worden wären; sogar Genozide hat es gegeben. Bei uns in Georgien leben die Juden seit 2000 Jahren, unangefochten. Auch nach der Gründung Israels blieben viele Juden freiwillig in Georgien. Sie gründeten eigene Schulen, veröffentlichten eigene Zeitungen und Zeitschriften und so weiter.

6 In Georgien leben auch viele Armenier und Aserbaidschaner, Russen und Griechen. Nie

gab es in deren Zusammenleben ernstliche Konflikte.

Ja, aber trotzdem: Wie steht es um die Osseten?

Sigua: Bitte, überlegen Sie selbst: Der Konflikt brach wie bestellt genau zu jenem Zeitpunkt aus, in welchem sich Georgien entschloss, den neuen Unionsvertrag nicht zu unterschreiben. Nun erklärten die in Georgien ansässigen Osseten ihr Gebiet zur «Demokratischen Sowjetrepublik Ossetien». Sie wollten sich vom altüberlieferten georgischen Gebiet trennen und sich der Sowjetunion anschliessen. Cui bono? Moskau.

Sicher. Aber schliesst das aus, dass die Osseten aus eigenem Antrieb so vorgegangen wären?

Sigua: Mit entsprechender Ermunterung. Schauen Sie, in der Karabachfrage hat Moskau konsequent den Standpunkt vertreten, man könne die territorialen Zugehörigkeiten nicht verändern, weil das verfassungswidrig sei. Im südossetischen Analogiefall aber hat man in Moskau diese Prinzipien völlig vergessen und zeigte nicht die leiseste Reaktion auf die ossetische Proklamation. Sie war offensichtlich willkommen.

Wie immer dieser Konflikt zustande gekommen ist, jetzt besteht er. Wie können Sie ihn bewältigen?

Sigua: Es ist eine Dreierkommission gebildet worden. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern des Obersten Sowjets der UdSSR, aus Vertretern des Obersten Sowjets der Russischen Föderation (dort befindet sich das angrenzende Nordossetien) und schliesslich aus Parlamentariern unseres Landes. Diese Kommission wird demnächst einen Bericht

abliefern. Er wird alle Geschehnisse enthalten, und zwar wahrheitsgemäss.

Sind die bisherigen Meldungen, die man auch in westlichen Zeitungen über diese blutigen Konflikte liest, denn unwahr?

Sigua: Westliche Massenmedien erhalten ihre Nachrichten darüber meist über die Tass, und es macht dann jeweils den Eindruck, Georgien unterdrücke die Osseten. Und das entspricht tatsächlich nicht der Wahrheit.

Ein Wort zur theoretischen und faktischen Gewichtsverteilung. Im historischen Mutterland der Osseten, in Nordossetien, welches ein Teil der RSFSR ist, leben 500 000 Leute. Jenes Gebiet hat den Status einer Autonomen Republik Nordossetien. Die kleinere Zahl von Osseten in Georgien hat ihrerseits eine Autonome Region, ein Gebilde also, das weniger Gewicht impliziert. Und trotzdem sind die Nordosseten in Russland gegenüber ihren Landsleuten bei uns benachteiligt. In Russland gibt es nicht einmal eine Sekundarschule, in der ossetisch gelehrt würde. Die Unterrichtssprache in allen Instituten ist russisch. In Georgien aber haben die Osseten eigene Volksschulen, Gymnasien und Universitätsinstitute, ferner eigene Theater. Auch bezüglich der Osseten haben wir die Minderheitenansprüche besser beachtet als anderswo.

Sie wollen ein neues Gesetz für Minderheiten verabschieden?

Sigua: Ja, das Parlament hat es in Arbeit. Es geht vor allem darum, die Rechte ethnischer Gruppen festzulegen, zum Beispiel bezüglich armenischer, griechischer, russischer und

«Georgien hat seine Unabhängigkeit erklärt; das ist sein Recht. Was das praktisch bedeutet, ist Gegenstand von Verhandlungen zwischen Moskau und der Republik.»

Eduard Schewardnadse im «Spiegel», 27. 5. 1991

anderer Schulen. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass die Kurden, die in andern Ländern grosse Siedlungsgebiete haben, nur hier in Georgien über ein eigenes Theater verfügen, obwohl sie hier nur eine kleine Minderheit sind. Auch haben sie eine eigene Schriftstellervereinigung.

Es gibt also keinen georgischen Nationalismus?

Sigua: Nicht auf Kosten der Minderheiten jedenfalls. Sonst kommt es darauf an, was man unter Nationalismus verstehen soll. Wir wollen unsere nationalen Interessen, die jahrzehntelang unterdrückt wurden, heute

Litauen

Wahrscheinlich meinen gewisse Leute, die Zwischenfälle in den litauischen Zollämtern seien zufällig. Das stimmt nicht. Sie sind Bestandteil eines allgemeinen Plans von Moskau, der darin besteht, unsere Republik unter Druck zu setzen. Wir werden aus vier Richtungen zugleich attackiert: wirtschaftlicher Druck, politische Isolierung, militärische Einschüchterung und die Schaffung einer destabilisierenden Lage mit KGB-Hilfe.

Alles wird unternommen, um Litauen zu Gegenmassnahmen zu provozieren und in unserer Republik einen militärischen Konflikt, einen «kleinen» Bürgerkrieg zu beginnen. Dann wird das Zentrum den Vorwand zu einer grossangelegten Einmischung haben. Was im Januar misslang, wird jetzt erneut versucht. Unsere Aufgabe ist es, festzubleiben und uns nicht provozieren zu lassen. Im letzten Jahr hat sich mein Amt nur eben damit befasst, allerlei Provokationen seitens der Armee und der Sondertruppen

der Miliz zu «neutralisieren». Bisher ist uns das gelungen. Wie es weiter geht, weiss ich nicht. Die Situation an der Grenze spitzt sich von Stunde zu Stunde zu. Die Wohnwagen der Zollämter werden in Brand gesteckt und gesprengt, unsere Zollbeamten grausam verprügelt. Sie tragen keine Waffen, und das ist wohl der Grund, warum sich die OMON-Leute so hemmungslos austoben. Diese Aktionen haben auch noch einen rein psychologischen Effekt. Das Ziel ist, erstens zu zeigen, dass jeder, der nach Unabhängigkeit strebt, zu einer Zielscheibe der OMON wird, und zweitens bei den Menschen das Gefühl der Wehrlosigkeit und des Ausgeliefertseins hervorzurufen. Nun kommt es darauf an, durchzuhalten. Auf jeden Fall werden wir nie zurückschiessen.

Andrijus Butkiewiczus, Generaldirektor des Departements für die Verteidigung des Landes bei der Regierung der Litauischen Republik («Neue Zeit», Moskau).

wahrnehmen. Ein Beispiel: 1978 wollte Moskau in allen Sowjetrepubliken das Russische als Amtssprache einführen. Nur gerade Georgien widersetzte sich – damals eine gefährliche Sache – diesem Entscheid. Wir verteidigen unsere georgische Identität, und wenn Sie diesen Patriotismus dem Nationalismus gleichsetzen, sind wir wohl Nationalisten. Sonst aber nicht. Übrigens anerkennen wir die georgische Staatsbürgerschaft dem georgischen *Einwohner* zu, nicht dem georgischen Volksangehörigen.

Was denken Sie über den früheren sowjetischen Aussenminister Eduard Schewardnadse, einen Georgier?

Signa: Er ist hochbegabt und hat sich in letzter Zeit viel Prestige erworben. Freilich war er seinerzeit georgischer KP-Chef, und damals diente er dem System, dem er auch selber angehörte. Deshalb ist er in Georgien wohl weniger angesehen als anderswo.

Aussenminister Guiorgui Khoshtaria: Meiner persönlichen Meinung nach muss man die gute Entwicklung von Schewardnadse sehen.

Er spielte während der Perestrojka eine positive Rolle, und gerade in seinen letzten Interviews gibt es beachtenswerte Äusserungen.

Wie steht die georgische Bevölkerung zur geschichtlichen Person ihres Landsmanns Jossi Wissarionowitsch Dschugaschwili, alias Stalin?

Khoshtaria: Es gibt vereinzelte, die ihn immer noch mögen. Bei den letzten Parlamentswahlen vom 28. 10. 1990 kandidierte, von prominenten Altfunktionären auf die Beine gestellt, noch eine Partei, die nach ihm benannt war. Sie musste ein Fiasko hinnehmen und hat sich danach aufgelöst. Für die Mehrheit der Georgier ist Stalin kein georgisches, sondern vielmehr ein *kommunistisches* Phänomen, gegründet eher auf der bolschewistisch-russischen Realität.

Nach 1917 fanden die Bolschewiken in Georgien überhaupt keine Unterstützung. Führende Kraft waren die Sozialdemokraten, und diese stellten, als Georgien 1918 eine unabhängige Republik wurde, denn

auch die Regierung. Tatsächlich war das die *erste sozialdemokratische Regierung Europas und der Welt*. Wer weiss das heute im Ausland?

Pflegt Ihr Aussenministerium eigene Kontakte zu andern Staaten?

Khoshtaria: Ja, wenngleich es sich meist nicht um offizielle Beziehungen handelt. Jedenfalls knüpfen wir *direkte* Kontakte, solche also, die nicht über Moskau laufen. Ich war kürzlich in Frankreich, den USA und in Österreich. Ferner hatten wir ein konstruktives Gespräch mit dem stellvertretenden iranischen Aussenminister und nahmen uns den Austausch von Delegationen vor. Auch mit den Israeli reden wir.

Ich denke, dass unsere Kontakte bald auf offizieller Ebene laufen werden. Unser Staatspräsident Gamsachurdia und unser Ministerpräsident Sigua hier haben in Moskau mit US-Aussenminister Baker gesprochen. Ansonsten gibt es noch Kontakte zwischen wissenschaftlichen Institutionen und so weiter.

Sind Sie vom westlichen Desinteresse an Georgien und andern sogenannten Randrepubliken der UdSSR enttäuscht?

Signa: Wir sind nicht überrascht; Georgien hat seine Unabhängigkeit ja eben erst erklärt. Wir hoffen, dass man sich im Westen mit unserer Realität vertraut macht. 70 Jahre lang hat man die Sowjetunion mit Russland gleichgesetzt; man machte keine Unterschiede zwischen Georgiern und Armeniern etc. Heute kann ich immerhin fast täglich interessierte ausländische Delegationen in Tbilissi empfangen.

Sie erwähnten vorhin, Georgien habe die erste sozialdemokratische Regierung Europas gehabt. Ist Georgien denn ein europäisches Land?

Signa: Geographisch sind wir an der Grenze

zwischen Europa und Asien. Aber wir sind Christen, wir haben eine europäische Kultur, und wir schauen vorrangig auf Europa. Europa im kulturellen Sinn beginnt in Portugal und endet in Georgien. Das hindert nicht, dass wir auch Freundschaft mit den Aserbaidschanern und den Türken suchen. Wir fühlen uns als Europäer mit einer Grundeinstellung von nationaler und religiöser Toleranz. ■